

Neue Studie legt staatliche Finanzierung der Tierhaltung offen

Titel der Studie: „Milliarden für die Tierindustrie: Wie der Staat öffentliche Gelder in eine zerstörerische Branche leitet“

Link zur Studie: <https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/studie-milliarden-tierindustrie/>

Artikel auf Spiegel Online: [Tierwirtschaft erhält 13 Milliarden Euro vom Staat – Jahr für Jahr](#)

Kundgebung in Berlin: Freitag, 5.3., 10 Uhr vor dem Bundesagrарministerium (Wilhelmstraße 54)

4. März 2021. Mehr als 13 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern fließen jedes Jahr auf verschiedenen Wegen in Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb von Fleisch, Milch und Eiern. Das ergibt eine Studie, die am Donnerstag vom Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ veröffentlicht wurde. Das Bündnis kritisiert die Subventionen und fordert den drastischen Abbau der Tierbestände und eine umfassende Transformation von Landwirtschaft und Ernährung.

Die Studie fasst erstmals zahlreiche staatliche Fördermaßnahmen zusammen, die der umstrittenen Tierindustrie zugute kommen – darunter u.a. die reduzierte Mehrwertsteuer für Tierprodukte, EU-Direktzahlungen, Sozial- und Beratungsleistungen für Tierhalter*innen sowie verschiedene Posten aus dem Haushalt des Bundesagrарministeriums. Darüber hinaus führt die Studie weitere Fördermaßnahmen an, die aufgrund mangelnder Daten nicht quantifiziert werden konnten.

„Längst ist klar, dass die Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiern maßgeblich die Klimakrise verschärft. Das massive Leid, das Millionen von Tieren in Mastanlagen und Schlachthöfen erfahren, sorgt regelmäßig für breite Empörung in der Bevölkerung. Die Förderung der Tierwirtschaft durch gigantische Summen aus öffentlichen Mitteln ist daher ein politischer Skandal“, sagt Dr. Friederike Schmitz, eine der Autor*innen der Studie.

Das Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ fordert den Ausstieg aus der Tierindustrie: „Die öffentlichen Gelder, die derzeit in diese Industrie fließen, müssen stattdessen dazu genutzt werden, eine ökologische und solidarische Agrarwende zu finanzieren“, heißt es in der Studie.

Im Einzelnen schlägt das Bündnis vor, klare Ziele für eine schnelle Reduktion der Tierbestände zu setzen und gute Alternativen für Beschäftigte zu schaffen, z.B. durch Ausstiegsprogramme für Tierhalter*innen. Ökologische und solidarische Anbauprojekte, Umwelt- und Klimaschutz sollten gezielt gefördert werden.

Zugleich brauche es eine entsprechende Ernährungswende, um den Konsum von Tierprodukten zu senken. Dabei kritisiert das Bündnis Maßnahmen, die allein auf eine Preissteigerung für Tierprodukte setzen, wie sie auch die Borchert-Kommission empfiehlt.

Dazu sagt Mitautor Friedrich Kirsch: „Für eine soziale und demokratische Ernährungswende braucht es gesellschaftliche Entscheidungsräume jenseits der individuellen Geldbeutel. Gute Nahrungsmittel sind ein Grundbedürfnis und sollten von demokratisch kontrollierten Betrieben anstelle von profitorientierten Konzernen bereitgestellt werden.“ Außerdem fordert das Bündnis einen Ausbau solidarischer Gemeinschaftsverpflegungen, in denen die Nutzer*innen das Speiseangebot partizipativ mitgestalten können, sowie umfassende Bildungskampagnen über die Folgen der Tierindustrie.

Für den 5.3.21 um 10 Uhr hat das Bündnis anlässlich der Veröffentlichung der Studie und als Protest gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung eine Kundgebung vor dem Bundeslandwirtschaftsministerium angekündigt. Dort wird u.a. eine Performanceaktion stattfinden.

Pressekontakt:

Email: presse@gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org

Über das Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“:

Gemeinsam gegen die Tierindustrie ist ein überregionales Bündnis, das sich im Juli 2019 gegründet hat. Es besteht unter anderem aus Menschen und Gruppen aus der Klimagerechtigkeits- sowie der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung. Das Bündnis fordert die Abschaffung der Tierindustrie und eine Agrarwende hin zu einer solidarischen und ökologischen Produktions- und Organisationsweise, die nicht auf Kosten anderer erfolgt und nicht am Gewinn orientiert ist. Für Juli 2021 ist eine Massenaktion zivilen Ungehorsams und ein Aktionscamp gegen die PHW-Gruppe (Wiesenhof) in Niedersachsen geplant.

Links:

<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/>

<https://todon.nl/@GemeinsamGegenDieTierindustrie>

<https://twitter.com/GGTierindustrie>

<https://facebook.com/GemeinsamGegenDieTierindustrie/>